

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Interpellation 2009-119 von Georges Thüring, SVP-Fraktion: Führt Schengen zu einer Zunahme der Kriminalität?

Datum: 13. Oktober 2009

Nummer: 2009-119

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Vorlage an den Landrat

betreffend Interpellation 2009-119 von Georges Thüning, SVP-Fraktion: Führt Schengen zu einer Zunahme der Kriminalität?

Vom 13. Oktober 2009

Am 23. April 2009 reichte Landrat Georges Thüning eine [Interpellation](#) ein betreffend "Führt Schengen zu einer Zunahme der Kriminalität? Die Interpellation hat folgenden Wortlaut.

"Seit diesem Frühjahr ist unser Land vollumfänglich in den Schengenraum integriert und seither finden auch keine ständigen respektive systematischen Personenkontrollen bei der Einreise in unser Land mehr statt. Das heisst, unsere Grenzen stehen damit auch allfälligen kriminellen Elementen ungehinderter offen als früher. Signifikanterweise häufen sich in letzter Zeit die Meldungen von bandenmässigen Einbruchsserien und einer generellen Zunahme von Gewalt und Kriminalität.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie wird die allgemeine Sicherheitslage in unserer Region nach dem vollumfänglichen Inkrafttreten des Schengen-Abkommens beurteilt?*
- 2. Welche Massnahmen hat die Sicherheitsdirektion im Hinblick auf die Schengen-Öffnung unserer Grenzen vorgekehrt respektive geplant?*
- 3. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Polizeikommandos der Nachbarkantone und der Grenzwaache? Besteht allenfalls ein spezielles Schengen-Dispositiv?"*

Der Regierungsrat beantwortet die Fragen wie folgt:

Frage 1:

Wie wird die allgemeine Sicherheitslage in unserer Region nach dem vollumfänglichen Inkrafttreten beurteilt?

In den ersten 6 Monaten dieses Jahres ist im Vergleich zu den Vorjahren eine unterschiedliche Delikt-Entwicklung festzustellen. Einerseits ist ein deutlicher Anstieg bei den Vermögensdelikten (+ 42%) erkennbar, andererseits ist bei den Gewaltstraftaten (- 20%) und bei den Sexualdelikten (- 10%) ein Rückgang zu verzeichnen.

Bei den Einbruchsdelikten und auch bei den Fahrzeugaufbrüchen zeigte sich in den vergangenen Jahren immer wieder, dass sogenannte Kriminaltouristen (mobile ethnische Minderheiten) unser Kantonsgebiet aufsuchen, hier mehrere Einbrüche bzw. Diebstähle verüben und dann wieder verschwinden. Diese Kriminaltouristen reisen mit der Motivation in die Schweiz ein, hier zu delinquieren. Statistisch gesehen kann diese Motivation aber nicht ausgewertet werden.

Auch in diesem Jahr bestehen eindeutige Hinweise, dass solche Tätergruppierungen aktiv sind. Seit 1. Januar 2009 konnten in unserem Kanton insgesamt 50 Täter wegen Einbruchsdelikten überführt und angehalten werden, davon 13 in 'Flagranti' bei einem Einbruch. Die Nationalität bzw. der Wohnort der Täter ist dabei nicht 'auffälliger' als in den letzten Jahren. Von den 50 Einbrechern waren 38 in der Schweiz wohnhaft. Dies bestätigt auch das Grenzwachtkorps, welches keine markante Veränderung der Sicherheitslage erkennen kann.

Ob wirklich ein Zusammenhang zwischen dem Inkrafttreten von Schengen-Abkommen und dem Anstieg der Vermögensdelikte besteht, kann aufgrund der kurzen 'Beobachtungszeit' nicht seriös beurteilt werden. Es wäre rein spekulativ.

Frage 2:

Welche Massnahmen hat die Sicherheitsdirektion im Hinblick auf die Schengen-Öffnung unserer Grenzen vorgekehrt respektive geplant?

Mit der Einführung von "Schengen" erhielten die Polizei Basel-Landschaft und das Grenzwachtkorps Zugang zum SIS (= Schengener Informations System). Die Landesgrenze mit Deutschland und Frankreich wurde zu einer Binnengrenze. An der Binnengrenze sind keine systematischen Personenkontrollen durch das Grenzwachtkorps und die Polizei erlaubt. Stattdessen führen die Polizei Basel-Landschaft und das Grenzwachtkorps gemeinsame Schwerpunktkontrollen auf dem basellandschaftlichen Kantonsgebiet durch. Ebenfalls erfolgt ein konstanter Informationsaustausch im Bereich der Lagebeurteilung und der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung, die nötigenfalls auch zu Fahndungsaktionen führen.

Frage 3:

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Polizeikommandos der Nachbarkantone und der Grenzwaiche? Besteht allenfalls ein spezielles Schengen-Dispositiv?

Die Analysestellen des Polizeikonkordats Nordwestschweiz (PKNW) beurteilen täglich die aktuelle Kriminalitätslage in der Nordwestschweiz und treffen sich dazu einmal wöchentlich im sogenannten Regionalen Lagezentrum (RLZ) in Solothurn. An diesen Sitzungen nimmt auch die Grenzwatche teil. Dabei wird die kriminalpolizeiliche Lage aus den Konkordatskantonen zusammengetragen und zu einem gemeinsamen Lagebild verarbeitet. Darin sind sowohl die Fall-Zahlen der Vorwoche, aussergewöhnliche Ereignisse und Fahndungen, aber auch eine strategische Empfehlung für die aktuelle Woche protokolliert. Zudem beteiligt sich die Analysestelle auch einmal im Monat an den trinationalen Lagebesprechungen, die jeweils turnusgemäss in einem der beteiligten Länder (Deutschland/Frankreich/Schweiz) durchgeführt werden.

Darüber hinaus finden auf anderen Ebenen oder aus aktuellen Gründen regelmässige Besprechungen mit den Nachbarkantonen oder mit den angrenzenden Ländern statt.

Auf Stufe der regionalen und trinationalen Lagebeurteilungen haben sich das RLZ und der trinationale Lagerapport sehr bewährt. Erkenntnisse zu Schengen fliessen dort direkt über mehrere Kanäle ein.

Der Regierungsrat hält fest, dass die gemeinsame Lagebeurteilung, die gemeinsam getroffenen Massnahmen und die hervorragende Zusammenarbeit aller Beteiligten dazu führen, dass ein weiterer Ausbau des Dispositivs im Moment nicht notwendig erscheint.

Liestal, 13. Oktober 2009

Im Namen des Regierungsrates

der Präsident:

Wüthrich

der Landschreiber:

Mundschin